

Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Hauptverlag: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Beleggeld 2.52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinsperloer Straße 55 (L. Florad), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachlenstraße 69 (S. Rastotte), Lentingstraße 14 (R. Quirnbach), Gneisenstraße 35 (S. Quirnbach), Potsdamstraße 2 (W. Doves). — Geschäftsstelle Rheide: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rheide 79.

Nummer 265

Mittwoch, den 25. September 1935

Jahrgang 1935

Die nächsten Schritte des Völkerbundes

Die Vollversammlung soll über die weiteren Maßnahmen entscheiden. — „Ohne Ueberstürzung, aber auch ohne weitere Verzögerung.“

Die Sitzung des britischen Kabinetts.

DNB London, 24. September.

Das englische Kabinet trat am Dienstagvormittag um 11 Uhr zum ersten Male seit der am 22. Aug. abgehaltenen Sonderberatung wieder zusammen. Hauptgegenstand der Besprechungen war natürlich der italienisch-äthiopische Konflikt. Außer dem in Genf weilenden Völkerbundminister Eden waren sämtliche 21 Minister anwesend. Es ist anzunehmen, daß Außenminister Sir Samuel Hoare seinen Kollegen u. a. über die gestrigen Besprechungen zwischen dem britischen Völkerbundminister in Rom, Sir Eric Drummond, und Mussolini berichtete. Ferner lagen Mitteilungen Edens aus Genf vor, die (Presse Association zufolge) „Eingeleitungen über die beunruhigende Lage in Genf“ enthielten.

Das große Interesse der englischen Öffentlichkeit an der heutigen Kabinettsitzung bewies die große Menschenmenge in der historischen Downing Street, die die Ankunft der Minister erwartete.

Die Sitzung des englischen Kabinetts am Dienstag dauerte fast zwei Stunden. Über ihr Ergebnis wurde keinerlei amtliche Mitteilung ausgesprochen. Gewöhnlich pflegen Kabinettsitzungen, die nach Ferien stattfinden, länger zu dauern, da eine ganze Reihe von Fragen besprochen wird. Die Tatsache, daß das Kabinet heute nur so kurze Zeit zusammen war, wird daher in unterrichteten Kreisen als ein Zeichen dafür angesehen, daß keine Entscheidung gefaßt wurde. Man glaubt, daß die Minister weitere Mitteilungen aus Genf, vielleicht auch aus anderen Hauptstädten, erwarten wollen.

Diese Annahme wird durch die Tatsache gestützt, daß Vorfälle getroffen wurde, um die Minister jederzeit wieder zusammenberufen zu können. Sämtliche Minister blieben in London.

Wie „Presse Association“ erzählt, billigte das Kabinet das Vorgehen Hoares und Edens einstimmig. Neue Entscheidungen hat das Kabinet nicht getroffen.

Neuer zufolge hat Außenminister Hoare über die Lage im italienisch-äthiopischen Streit berichtet.

Dem Kabinet lag ferner der Text der Antwort der britischen Regierung auf die Anfragen des französischen Völkerbundministers Corbin vor, die bekanntlich die Frage der Stellung Großbritanniens zu seinen Völkerbundverpflichtungen im Falle einer Aggression in Europa betreffen. Wie verlautet, wird die Antwort nach ihrer Uebergabe an die französische Regierung Ende dieser Woche veröffentlicht werden.

Weiter berichtet Reuter, daß nach den Mitteilungen, die dem Kabinet vorliegen, der Völkerbundsrat am Donnerstag vormittag zusammenzutreten werde. Der Völkerbundsrat werde zwischen zwei Wegen wählen können. Entweder werde er nach Artikel 15 des Völkerbundesvertrages vorgehen und einen Bericht annehmen oder er werde die Politik der Versöhnung fortsetzen, um zu prüfen, ob nicht doch eine andere Grundlage als die vom Fünfer-Ausschuß vorgeschlagene für eine Versöhnung gefunden werden könne.

Das Kabinet hat nach Reuter weiter mit Befriedigung festgestellt, daß in den Beziehungen zwischen England und Italien nach Veröffentlichung der britischen Verlautbarung über die Flottenbewegung sowie auf die persönliche Botschaft Hoares an Mussolini hin eine gewisse Entspannung eingetreten sei.

Die englische Abendpresse verzeichnet mit großem Interesse die Mitteilung über die italienische Kabinettsitzung. Sie weist besonders auf den Schlußsatz der italienischen Verlautbarung hin, der besagt, Mussolini habe an Hand einiger Artikel des Völkerbundespatentes auf die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Lage hingewiesen und die Haltung, die Italien je nach den Umständen einnehmen würde, erörtert.

Reuter bemerkt dazu, diese geheimnisvollen Worte hätten ein Rätselraten ausgelöst. Man wisse nicht, ob dies bedeuten solle, daß eine Lösung des Streites ins Auge gefaßt sei durch die Anwendung d. V. des Artikels über die Gewährung von Mandaten oder ob damit die Frage angeschnitten sei, was Italien im Falle der Anwendung von Sanktionsmaßnahmen tun solle. Im letzteren Falle habe Mussolini bereits erklärt, daß Sanktionen Maßnahmen den Krieg bedeuteten. Auffallend ist, daß nach einmal die persönliche Botschaft Hoares an Mussolini erwähnt wird. Fast alle Blätter bringen gleichlautende Meldungen, wonach diese Botschaft lediglich Mißverständnisse aufklären solle, die sich zwischen England und Italien ergeben hätten. Außerdem habe

Hoare, der Mussolini persönlich gut kenne, die offiziellen Versicherungen des Botschafters nur noch einmal persönlich unterbreiten wollen.

Dieser Höflichkeitsschritt habe keinen Sondervorteil enthalten, da Großbritannien nur über den Völkerbund arbeite und mit Sondervorschlägen nicht vorangehen wolle.

„Evening Standard“ betont außerdem, eine weitere Drei-Mächte-Konferenz sei amtlich nicht vorgeschlagen worden. Auch will das Blatt wissen, daß Eden möglicherweise nach London zurückkehren werde, um dem Kabinet persönlich zu berichten.

Die Auffassung englischer Kreise in Genf.

DNB Genf, 24. September.

Zu der amtlichen Verlautbarung über den italienischen Ministerrat, über den wir an anderer Stelle berichteten, erklärt man in englischen Kreisen, der Ton sei in Rom maßvoller geworden, jedoch lägen keine Anzeichen für eine Verringerung der sachlichen Haltung vor. Aus den italienischen Behauptungen zu den Vorschlägen des Fünfer-Ausschusses, die Mittwoch vormittag veröffentlicht wurden, so erklärt man weiter, werde die Öffentlichkeit entnehmen, daß es sich in Wirklichkeit nicht um Gegenvorschläge, sondern um rein negative Kritik handele.

Auf englischer Seite ist man bei der jetzigen Lage entschlossen, die erforderlichen Entscheidungen im Rahmen des Völkerbundes ohne Ueberstürzung, aber auch ohne weitere Verzögerung durchzuführen. Man hält es für ausgeschlossen, daß die englische Regierung sich auf diplomatische Verhandlungen außerhalb Genfs, etwa auf eine neue Streifen Konferenz oder ähnliches, einlassen werde.

Auch betont man, daß entgegen verschiedenen Gerüchten über Meinungsverschiedenheiten über den Um-

fang etwaiger Sanktionen eine völlige einheitliche Auffassung zwischen der französischen und englischen Regierung bestehe.

Insbesondere wird das Gerücht, daß Laval eine Beschränkung etwaiger Maßnahmen auf das wirtschaftliche und finanzielle Gebiet angeregt habe, nochmals dementiert.

Man ist in englischen Kreisen davon überzeugt, daß nunmehr alsbald der Uebergang in einen neuen Abschnitt des Verfahrens stattfinden werde. Die Einzelheiten dieses zukünftigen Verfahrens sollen Mittwoch vormittag zwischen Laval und Eden besprochen werden. Nach Lage der Dinge wird diese Unterredung die Grundlage für die Beschlüsse des Völkerbundsrates bilden.

Für den Fall, daß die Anwendung des Artikels 16 als notwendig erweisen sollte, will man die Völkerbundversammlung mit der Frage befaßten, da, wie man erklärt, der Völkerbundrat allein die Verantwortung für so schwerwiegende Maßnahmen nicht übernehmen könnte.

Sollte die Angelegenheit vor dem normalen Abschluß der gegenwärtigen Völkerbundtagung noch nicht spruchreif sein, so würde wahrscheinlich die Vertagung dieser Versammlung ausgesprochen werden, d. h., man würde sie nicht formell auflösen, um sie jederzeit und ohne Erfüllung zeitlicher Fristen, wie Wahl des Präsidiums, Prüfung der Vollmachten usw., wieder in Tätigkeit zu setzen.

Ende der Regenzeit in Abessinien.

DNB Addis Abeba, 24. September.

Seit zwei Tagen fällt in Abessinien kein Regen mehr, so daß man annehmen kann, daß die Regenzeit beendet ist.

Wie es heißt, wird die äthiopische Regierung das Gelände des französischen Geländes, französisches Militär zum Schutz der Bahn Addis Abeba-Dschibuti heranziehen zu dürfen, bewilligen.

Wahlpropaganda im leeren Raum.

Geplante litauische Versammlungen.

DNB Memel, 24. September.

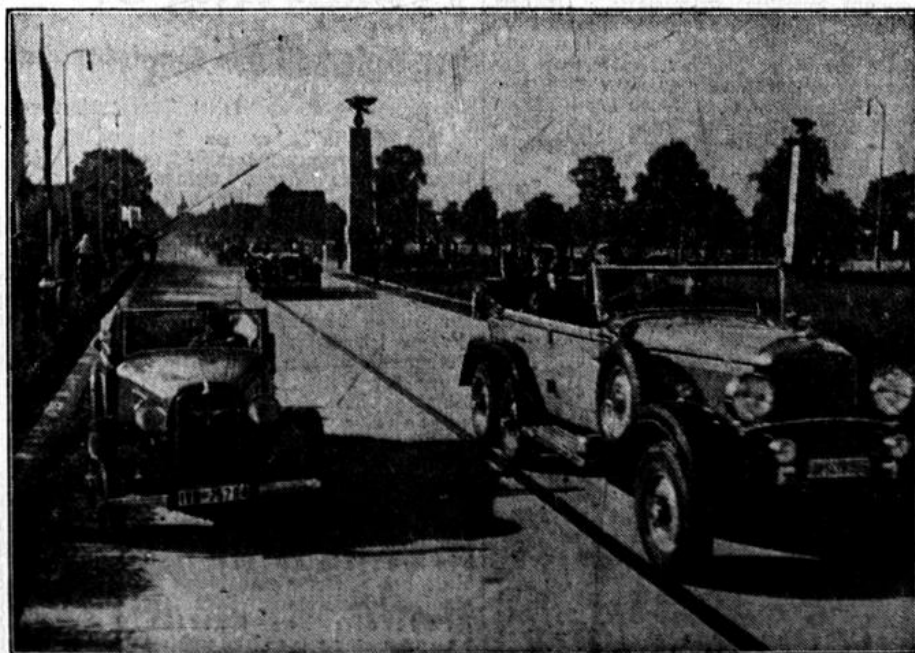
Den Litauern geht es mit ihren Wahlversammlungen im Memelgebiet wie Selsenblasen. Sie planen ihnen unter den Händen. So hatte der Litauische Bund keine Anhänger in Pilsden, Kreis Memel, zu einer Versammlung einberufen, zu der auch der frühere Außenminister Dr. Jaunius, der frühere litauische Gesandte in Berlin und London, Sidgautas, Gouvernementsrat Anigas, fast das gesamte Direktorium, die Spitzenkandidaten der litauischen Liste und noch andere führende Litauer, die in die litauische Wahlpropaganda eingepaßt sind, erschienen. An der Versammlung nahmen etwa 300 Personen aus der Umgebung teil. Als ein Mitglied des Direktoriums seine Rede in litauischer Sprache beendet hatte, wurde aus den Reihen der Zuhörer eine deutsche Uebersetzung gefordert. Da dies verweigert wurde, verließen gegen 90 v. H. der Teilnehmer spontan die Versammlung, so daß insgesamt nur noch 20 bis 30 Personen zurückblieben. Der Kandidat der Einheitsliste, Sukrai, der ebenfalls zur Versammlung gekommen war, forderte

draußen die weit über 250 Teilnehmer, die die Versammlung verlassen hatten, in einer kurzen Ansprache auf, den Versammlungsort ruhig und diszipliniert zu verlassen, was auch unerschrocken unter Abweisung eines memelländischen Fischerleibes geschah. In diesem Augenblick griffen zahlreiche Polizeibeamte ein und nahmen ohne ersichtlichen Grund neun Memelländer in Haft.

Einen ähnlich kläglichen Verlauf nahmen am selben Tage noch verschiedene andere Wahlversammlungen, so u. a. in Karlebede, Kreis Memel, wo der litauische Redner ebenfalls aufgefordert wurde, seine Ansprache in deutscher Sprache zu halten. Als er dies nicht tat, verließen alle Anwesenden bis auf ein altes Ehepaar das Lokal, so daß die Versammlung gescheitert endete.

Aus Wilkowitz kommt ein ähnlicher Bericht. Hier sollten der frühere Landespräsident Naissas und der Landesdirektor Sawilau sprechen. Beide waren im Kraftwagen zur Versammlung gekommen. Sie fanden den Versammlungsort jedoch völlig leer. Nicht eine einzige Person war auf dieser Versammlung erschienen.

Reichsautobahn Frankfurt a. M. — Mannheim — Seidelberg fertiggestellt.



Unser Bild zeigt die Teilnehmer an der Befestigung der neuen Straße bei der Ausfahrt aus Mannheim; im ersten Wagen der langen Autokolonne (rechts) der Generalinspektor Dr. Loh. (Presse-Illustration Hoffmann-M.)

Tagesrundschaau.

Eine deutliche amerikanische Demonstration.

Nach amerikanischen Meldungen hat der frühere Staatssekretär Kellogg seinen Posten als Richter des Saager Schiedsgerichtshofes niedergelegt, dem er seit dem September 1930, also seit nunmehr fünf Jahren, angehört hat. Frank B. Kellogg ist zwar schon 79 Jahre alt, erfreut sich aber bester Gesundheit. Es ist nicht anzunehmen, daß sein Schritt mit seinem Alter zusammenhängt, wenn er wahrscheinlich auch wie üblich damit begründet werden dürfte. Zweifellos darf man in der Niederlegung seines hohen Amtes im Saager eine klare Demonstration gegen die Zuspitzung in der unruhigen Politik Europas sehen. Dies umso mehr, als der nach dem Staatssekretär benannte Kriegsschlichtungspakt vom Jahre 1928 gerade jetzt zum ersten Mal seine Wirksamkeit in einem europäischen Konflikt zu erproben gehabt hätte. Wie man sich erinnert, hat der gegenwärtige amerikanische Staatssekretär des Äußeren, Hull, unter ausdrücklichem Hinweis auf seine Autorisierung durch Präsident Roosevelt, Italien zweimal auf besten vertraglichen Bindungen an den Kriegsschlichtungspakt u. a. die Verweigerung von Konflikten an das Saager Schiedsgericht vorgelegt, ohne daß im gegenwärtigen Fall davon Gebrauch gemacht wurde, so hat Kellogg allem Anschein nach seine Erkenntnis von der Zwecklosigkeit aller solcher Abmachungen gegenüber der Machtpolitik zum Ausdruck bringen wollen. Der Schritt Kelloggs bedeutet für Europa insofern einen Verlust, als der Staatssekretär sich durch die feierliche von ihm eingeleitete praktische Friedenspolitik ein bedeutendes Verdienst erworben hat. Daß seine Politik nicht den von allen Völkern ererbten Erfolg hatte, ist nicht die Schuld Kelloggs, sondern in erster Linie die Schuld der französischen Politik und Rüstungspolitik.

Wird Holland ein Industriestaat?

Der Holländer galt seit jeher in der Welt als einer der besten Handelsleute. Daß er auch zum Industriellen werden sollte, ist eine der vielen Folgen der Krise, die das wirtschaftliche Gleichgewicht der Welt von Grund auf gestört hat. Neben Handel, Schifffahrt und Landwirtschaft spielte die Industrie in Holland keine wesentliche Rolle. Aber inzwischen ist das doch etwas anders geworden. Aufschlußreiche Ausführungen darüber macht der nationalsozialistische Wirtschaftsdiplomate „Die deutsche Volkswirtschaft“. Die neue, auf Autarkie eingestellte Wirtschaftspolitik hat Holland die Kontingentierungen und die hohen Zölle gebracht. Ursprünglich waren diese Mittel als Repressalien gegen die einführhemmenden Maßnahmen des Auslandes gedacht, und sie sollten als Waffe dienen bei den Handelsvertragsverhandlungen, die mit den betreffenden Staaten zu führen waren. Daneben bezweckten sie den Schutz derjenigen inländischen Betriebe, die unter der Konkurrenz des Auslandes besonders zu leiden hatten. Nach und nach wurde der Schutz auf nahezu alle holländischen Industrieerzeugnisse ausgedehnt, was zuerst eine Ausnahme war, wurde eine allgemeine Maßnahme. Holland wurde von einer Mauer protektionistischer Verordnungen und Maßregeln umgeben, hinter der die bestehende Industrie sich entfalten konnte. Bereits im vorigen Jahr zeigte es sich, daß dieser Schutz zu neuer industrieller Betätigung ausgenutzt wurde. Vorzugsweise waren es Ausländer, die neue industrielle Betriebe gründeten. Erst waren es bloß Unternehmungen, die Artikel erzeugten, die in Holland noch nicht hergestellt wurden, so zum Beispiel Autoreifen, besondere chemische Produkte, feinere Wirkwaren usw., später wurde jedoch auch die Erzeugung von Artikeln aufgenommen, die mit holländischen Erzeugnissen konkurrieren mußten. Von einer Förderung der Industrialförderung leitete der Regierung durch finanzielle Ausschüsse, wie dies bei der Landwirtschaft und bei der Schifffahrt geschah, war bis vor kurzem nicht viel zu merken, auch eine Förderung inländischer Bestrebungen zur weiteren Industrialisierung des Landes lag damals weitestgehend nicht in der Absicht der Regierung. Hierin trat erst in den letzten Monaten eine auffallende Veränderung ein. Die Ursache hierfür ist in der innerpolitischen Konstellation zu suchen. Die Regierung, die mit ihrem allein auf Anweisung und Einschränkungen gerichteten Programm bei der Mehrheit der Bevölkerung keinen Erfolg hatte, ist bestrebt, deren Wünsche, die auf mehr konstruktive Maßnahmen abzielen, entgegenzukommen. Ein wesentlicher Punkt dieses „konstruktiven“ Programms bezieht sich auf eine aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und zwar nicht bloß durch staatliche Arbeitsbeschaffung, wie z. B. die Trockenlegung der Zuidree, die sich praktisch und finanziell als ein Mißerfolg herausgestellt hat, sondern vor allem durch eine aktive Förderung der Arbeitsbeschaffung, die auf der privaten Initiative ihre Grundlage hat. Dabei wird an die Gründung von neuen Industrien unter finanzieller

Mit Hilfe des Staates und der Provinzen gedacht. Den ersten Schritt auf dem Wege der Industrialisierung machte die Provinz Limburg. Dort wurde im vorigen Jahr die erste Industriehandelskammer gegründet, an der außer privatem Kapital Provinz und Gemeinden beteiligt sind. Nach und nach hat sich die Regierung Solijn den Ideen, wie sie im katholischen Süden des Landes langsam in die Tat umgesetzt werden, genähert. Zwar befindet sich das Industrialisierungsprogramm der Regierung bisher noch im Stadium der Vorbereitung, aber es verdient, sich bereits jetzt näher damit zu befassen, weil die praktische Durchführung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. An erster Stelle ist hierbei die neu geschaffene Organisation zu erwähnen, die zentral vom Wirtschaftsministerium aus die ökonomischen und kaufmännischen Möglichkeiten der in Angriff zu nehmenden Industrialisierung untersuchen soll. Zu diesem Zweck wurde an der Zentralstelle im Haag ein ökonomisch-technologisches Büro geschaffen, dem ökonomisch-technologische Institute in den einzelnen Provinzen angegliedert sind. Bei diesen Instituten sind die Projekte einzureichen, die privaterseits die Industrialisierung fördern sollen. Andererseits soll es auch zur Aufgabe dieser Institute gehören, selbst solche Projekte auszuarbeiten. Ebenso wichtig, wenn nicht noch bedeutender für die weitere Ausgestaltung des Industrialisierungsprogrammes, ist die Absicht der Regierung, die Gründung von neuen oder die Ausbreitung von bereits bestehenden Unternehmungen bestimmter Industriezweige von der Zustimmung des Wirtschaftsministers abhängig zu machen. Dieser hat zwar kürzlich mitgeteilt, daß damit nicht bezweckt ist, die Privatinitiative zu behindern, sondern dafür zu sorgen, daß keine nationalen Kräfte in Zeiten, welche die äußerste Überlegung erfordern, vergeudet werden. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Pläne der Regierung einer immer weitergehenden Beeinflussung der privaten Wirtschaft seitens des Staates die Wege ebnen, wobei man daraus auf die Größe der wirtschaftlichen Sorgen schließen kann, daß der im freihändlerischen liberalen Geist erzogene Holländer diese und ähnliche Maßnahmen, die ihn in immer größerer Abhängigkeit vom Staat bringen, ruhig hinnehmen.

Korporation oder Studentenbund.

Nach dem Austritt des Staatssekretärs Dr. Lammer von der Führung der Gemeinschaft Studentischer Verbände, die sich inzwischen aufgelöst hat, teilte der Reichsamtsleiter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes Dr. K. W. Müller auf der Sondertagung dieses Bundes während des Reichsparteitages in Nürnberg mit, daß in den nächsten Wochen ein Erlaß zu erwarten sei, wonach eine strenge Trennung zwischen den Korporationsstudenten und den Mitgliedern des NSDStB durchgeführt werde. Der junge Student, der auf die Hochschule komme, müsse sich entscheiden, ob er einer studentischen Verbindung oder dem Studentenbund angehören wolle. Zur Klärung der Lage hat Dr. Müller nun einem Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“ eine Unterredung gewährt, in der er erklärte, die studentischen Verbände seien letztlich nicht gegen die Anordnungen irgendeiner Organisation Sturm gelaufen, sondern gegen den Grundsatz der nationalsozialistischen Weltanschauung des Totalitätsanspruches auf eine einheitliche Erziehung. Aus diesem Grunde sei auf dem Reichsparteitag der Schlussstrich gezogen worden, durch den Entschieden, die junge studentische Generation vor die Alternative zu stellen: „Studentenbund oder Korporation, politischer Student oder unpolitischer Epikureer.“ Weiter haben wir aus Dr. Müllers Ausführungen folgende Sätze hervor:

„Durch meine Erklärung in Nürnberg haben wir auf keinen Fall eine Zwangslage geschaffen, denn wir lassen ja jedem Studenten freie Hand darüber, ob er ein politischer Student sein möchte, oder ob er lieber ein ruhiges, heftiges, bürgerliches Leben führen will. Im letzten Falle wird er von uns auf in keiner Weise beeinträchtigt werden. An dem Augenblick aber, wo sich der einzelne mit politischen Dingen beschäftigen will, tritt der Totalitätsanspruch der Nationalsozialistischen Partei ihm entgegen, der nur eine politische Betätigung im Sinne des Nationalsozialismus zulassen kann. Verantwortlich für das politische Geschehen in der studentischen Jugend ist nach dem Willen des Führers nur der Studentenbund. Er kann keine anderen politischen Gruppen neben sich dulden. Nach meiner Auffassung ist also der Entschieden keine Zwangsmassnahme, sondern ein Befehl, der eine Klärung herbeigeführt hat und ein allgemeines Aufatmen an der Hochschule zur Folge hat. Bei der in Zukunft zur Hochschule kommenden Jugend wird nun die Entscheidung selber liegen, ob sie sich für den Studentenbund oder die überbleibsel einer liberalen Vergangenheit entscheiden wird. Bei dem kämpferischen Geiste und dem politischen Aktivismus der deutschen Jugend bin ich allerdings der Auffassung, daß sie gar nicht mehr vor einer Entscheidung steht. Es geht uns um die Jugend, die sich neue Lebensformen schaffen will, die einen anderen Weg gehen will als die „alten Herren“.“

„Die Korporations- und Verbindungsfrage“, erklärte Dr. Müller weiter zum Schluss der Unterredung, „ist entschieden, während diese überbleibsel der Vergangenheit aussterben werden, baut sich schon eine neue politische Mannschaft auf, und an Stelle von Trinitätern, die bis in die frühen Morgenstunden hinein in den Straßen der Universitätsstädte hielten, wird der Marschschritt einer neuen studentischen Jugend zu hören sein, die nach den Worten des Führers „als wie Leber, flink wie ein Windhund und hart wie Kruppstahl sein wird.“

200 Tote bei einer Eisenbahnkatastrophe in China.

DNB Shanghai, 24. September.
Ein aus Lokomotive und fünf Wagen bestehender Militärzug der Kuanghsinbahn, der die 100. Division zur Bekämpfung der Kommunisten nach der Provinz Schensi beförderte, entgleiste in der Nähe von Schensien in West-Sonan und kürzte einen 30 Meter tiefen Bergabhang hinab. Es wurden bisher 200 Tote und etwa 200 Verwundete gemeldet.

Eine neue Erklärung Mussolinis.

Der italienische Ministerrat auf Samstag verlegt.

Nachmusterung der Jahrgänge 1901-1914.

DNB Rom, 24. September.

Der italienische Ministerrat hat sich am nächsten Sonntagabend verlegt. Die heutige Sitzung galt zum größten Teil laufenden Regierungsgeschäften. Doch hat Mussolini auch eine neue Erklärung zum italienisch-abelinischen Streitfall abgegeben, über die die amtliche Mitteilung folgendes besagt: „Mussolini erstattete einen kurzen Bericht über die Entwicklung der politischen Lage von Sonntag bis heute, wobei er feststellte, daß Italien in Genf keine Gegenvorschläge unterbreitet hat, sondern lediglich mündlich die Motive auseinandersetzen ließ, aus denen die Vorschläge des Fünfer-Ausschusses unannehmbar waren. Alles, was seit Sonntag vor sich gegangen ist, ist ein Beweis dafür, daß die Haltung der italienischen Regierung nicht anders sein konnte. Anschließend erstattete Mussolini anhand einiger Artikel des Völkerbundespaktes die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung der Lage und die Haltung, die Italien je nach den Umständen einnehmen wird.“

Die Beschlüsse des italienischen Ministerrates betreffen zum Teil militärische Verwaltungsangelegenheiten, die mit den Truppenbeförderungen nach Ostafrika zusammenhängen.

Die wichtigste Maßnahme bestimmt, daß alle Wehrfähigen der Jahrgänge 1901 bis 1914, die bisher aus gesundheitlichen und anderen Gründen nicht eingezogen worden waren, sich einer Nachmusterung unterziehen müssen.

Eine weitere einschneidende Maßnahme ist, daß der Dienst in der nach Ostafrika entsandten Schwarzen Divisionen des Dienstes gleichgestellt wird. Die höheren Offiziere der schützlichen Militär erhalten ohne weiteres den Rang von Reserveoffizieren des Heeres. Ferner werden die Besätze der nach Ostafrika entsandten Reserveoffiziere den Besätzen der Berufsoffiziere gleichgestellt. Unter den Geheimwürden, die sich auf die Luftwaffe beziehen, ist besonders die Bestimmung zu erwähnen, nach der Mitglieder der Regierung und des großen italienischen Rates Reserveoffiziere werden können. Außerdem werden eine Million Lire zum Bau von bombensicherer Unterkünften in Messina ausgemessen.

Nach einem weiteren Gesetz werden künftig die Zuschüsse, die Einzelpersonen zum Erwerb von Touristenflügen gewährt werden, auch Vereinen bewilligt, die Luftsport betreiben.

Der Besuch Drummonds bei Mussolini.

DNB London, 24. September.

Ueber die persönlichen Beziehungen, die der britische Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, im Auftrag des Außenministers Sir Samuel Hoare dem italienischen Ministerpräsidenten gegenüber abgeben hat, weiß der königliche Vertreter des Reuterbüros bemerkenswerte Einzelheiten zu berichten.

Wohnungsbau und Mietpreis

Eine Reichswohnungskonferenz.

Berlin, 24. September.

Auf Einladung des Reichsarbeitsministers traten am Dienstag Vertreter der Reichsregierungsstellen, sämtlicher Landesregierungen und der Siedlungsbeauftragte im Stabe des Stellvertreters des Führers zu einer Reichswohnungskonferenz zusammen. Reichsarbeitsminister Franz Seidler leitete die Sitzung und machte dabei folgende Ausführungen:

„Die Tagesordnung der heutigen Reichswohnungskonferenz enthält Punkte, die von außerordentlicher Tragweite für den deutschen Hausbesitz, für die Mieterfrage, aber auch für die Neubautätigkeit und die gesamte deutsche Wirtschaft sind. Die Auswirkungen von Wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen beschränken sich nicht nur auf die unmittelbaren Betroffenen, auf Hausbesitzer und Mieter. Bei der engen Verbundenheit von Hausbesitz und Realcredit müssen Maßnahmen, die den Realcredit einschränken, von härtester Rückwirkung auf den Realcredit sein. Dies kann aber weiterhin eine Gefährdung der ganzen Wohnungsbauwirtschaft der Reichsregierung zur Folge haben.“

Nur durch genügenden Wohnungsbau wird aber schließlich eine Wohnungsnot vermieden und die vorhandene Wohnungsnappheit wieder beseitigt werden können.

Die Reichsregierung hat in diesem Jahr den hohen Betrag von 185 Millionen M. zur Förderung des Wohnungsbauwesens zur Verfügung gestellt. Sie hat darüber hinaus durch eine Reihe weiterer Maßnahmen — ich nenne nur die Übernahme der Reichsbürgschaft — versucht, aus dem Kapitalmarkt Mittel zum Wohnungsbau zuzuführen und die private Initiative anzuregen. Die erfreuliche Zunahme der Neubautätigkeit zeigt, daß dieser Weg der richtige war. Unbedingt notwendig ist es daher, alles zu unterlassen, was die günstige Entwicklung unterbrechen und damit letzten Endes nur die Wohnungsnappheit weiter verschärfen würde. Ich bitte, diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte ganz besonders zu berücksichtigen.

Dies heißt keineswegs, daß notwendige Maßnahmen unterlassen werden sollen.

Ich denke hierbei vor allem an die Unterbindung unangenehmster Mietpreisschwankungen. Es ist Ihnen bekannt, daß die Reichsregierung entscheidenden Wert darauf legt, das gegenwärtige Preisniveau zu halten.

Nur wenn dies gelingt, wird es auch möglich sein, Lohnerhöhungen zu vermeiden, die ihrerseits unsere Konkurrenzfähigkeit im Auslande vermindern und die Möglichkeit der Ausfuhr einschränken würden.

Ich habe erklärt, daß unangenehmste Mietpreisschwankungen verhindert werden müssen. Dies heißt nicht, daß jede Mieterhöhung schematisch unterbunden werden soll.

Die Rentabilität des Hausbesitzes muß erhalten bleiben. Soweit es, wie vielfach bei Grundstücken mit Großwohnhäusern in der Zeit der Wirtschaftskrise verloren gegangen ist, soll ihre Wiederherstellung nicht unterbunden werden. An dem Grundsatz des Reichsmietengesetzes, daß die Miete zur Deckung der Unkosten des Hausbesitzes unbedingt ausreichen muß, wird auch weiterhin festgehalten sein.

Es ist das Ziel der heutigen Beratungen, einen Weg zu finden, der den berechtigten Interessen der Mieter-

Sir Eric Drummond habe dem Duce versichert, daß die britische Politik in keiner Weise italienfeindlich sei; England habe nach den Völkerbundsabmachungen bestimmte Verpflichtungen, die es einzuhalten wünsche. Daß diese Verpflichtungen zu einer Spannung mit Italien geführt haben, werde in England aufs tiefste bedauert. Die britische Politik empfinde keinerlei Umwertung in ihrer alten Politik der Freundschaft mit Italien.

Wie Reuter weiter meldet, umfaßten die Versicherungen des Botschafters das Gesamtgebiet der britischen Politik. Die Ausführungen Sir Eric Drummonds ergänzten die Versicherungen, die er am vergangenen Freitag dem Staatssekretär Suvich gegenüber abgegeben habe. Bei jener Gelegenheit hatte er bekanntlich dem Staatssekretär mitgeteilt, daß die Bewegungen der britischen Kriegsschiffe im Mittelmeer in keiner Weise gegen Italien gerichtet seien.

Die Ereignisse Reuters, so führt der Reuter-Bericht, erstatter aus, auf drei Mächte: Vorschläge über den italienisch-abelinischen Konflikt außerhalb des Völkerbundes zu, doch glaubt man, daß die Zeit für eine solche Entwicklung noch nicht reif sei. Italien warie noch auf annehmbare Vorschläge des Völkerbundes.

Der Bericht des Fünferausschusses.

DNB Genf, 24. September.

Der Fünferausschuß des Völkerbundesrates hat am Dienstagvormittag nach zweistündiger Beratung den Bericht angenommen, der dem Völkerbundsrat über das Verhalten der Vermittlungsverhandlungen im italienisch-abelinischen Konflikt unterbreitet werden soll.

Der Bericht soll alsbald veröffentlicht werden. Es wird angenommen, daß der Völkerbundsrat erst am Donnerstag zusammenzutreten wird, um diesen Bericht entgegenzunehmen. Ueber das weitere Verfahren wurde in der Sitzung gleichfalls gesprochen. Es wurde aber noch kein Beschluß gefaßt. Man beabsichtigt, zu diesem Zweck im Laufe des Mittwochs eine nicht-öffentliche Ratssitzung stattfinden zu lassen.

Der Bericht enthält keine Schlussfolgerung, sondern lediglich die Vorschläge des Ausschusses, die Antwort der abelinischen Regierung und die mündlichen Erklärungen des italienischen Vertreters, Baron Aloisi, bei der Überreichung der Antwort Italiens. Die Italiener betonen, daß sie offizielle Gegenvorschläge gemacht hätten, sondern behaupten, daß die mündlichen Erklärungen des Barons Aloisi gegenüber Mabariaga nur in einer eingehenden Kritik der Vorschläge des Schlichtungsausschusses bestanden hätten.

Die Haltung Frankreichs hinsichtlich des in dem abelinisch-italienischen Konflikt einzuhaltenden Verfahrens wird im allgemeinen als zögernd bezeichnet, da der Ministerpräsident Laval den Versuch zu machen scheine, auch jetzt noch die Verhandlungen zwischen Genf und Rom in Gang zu bringen. Diese Verhalte könnten jedoch nur rein taktischer Natur sein, um inzwischen auf England noch einen Druck auszuüben. Bekanntlich haben die Franzosen von den Engländern genaue Zusicherungen hinsichtlich der künftigen englischen Politik in Europa verlangt, und dürften Wert darauf legen, ehe sie im Völkerbundsrat eindeutig die Partei Englands nehmen, diese Zusicherung in schriftlicher Form zu erhalten.

Hindenburgs Sarg wird feierlich in die neuerbaute Gruft überführt.

DNB Berlin, 24. September.

Nachdem der Umbau des Tannenberg-Nationaldenkmals beendet ist, wird die Überführung des verewigten Generalfeldmarschalls in die Reichspräsidenten am 2. Oktober, seinem 88. Geburtstag, um 10 Uhr vormittags aus dem Sarg, in dem der Sarg provisorisch beigesetzt war, in die neuerbaute Gruft im Mittelturm erfolgen. Die Veranlassung, zu welcher der Reichsriegsminister Ehrenpforte der staatlichen Behörden, der Partei und der alten Armees eingeladen hat, findet in Form einer militärischen Trauerfeier mit Feldgottesdienst statt. Sie wird durch Rundfunk übertragen.

Frankreich, die große Hoffnung Moskaus

Der Spielball der Sowjetpropaganda

DNB Paris, 24. September.

Der „Matin“, der von Zeit zu Zeit Gelegenheit nimmt, vor den neuen französischen Freundschaft zu Sowjetland zu warnen, bringt in seiner Dienstagsausgabe einen Artikel eines Mitarbeiters aus Helsingfors, der aus eigener Anschauung schildert, wie die bolschewistische Propaganda in den Randstaaten trotz der Verpöndungen Moskaus immer härter wird. Trotz normaler diplomatischer Beziehungen habe Sowjetland der finnischen kommunistischen Partei, deren Sitz gegenwärtig amtlich in Moskau sei, Günstverhältnisse gewährt. Der finnische Berichterstatter gibt dann Erklärungen eines hohen Beamten der Polizei in Helsingfors wieder, die die Verleumdung des Bolschewismus als Kampfmittel die nationale Unabhängigkeit Finnlands schädlichen. Man müsse, so habe der finnische Beamte erklärt, beständig auf die Sowjetagenten, die sich in Finnland herumtreiben, aufpassen. Außerdem habe so viele Apollot angeworben, daß es sich dem Luxus erlauben könne, mit ihnen die Länder zu überfluteten. In Finnland habe man den Kommunismus bis auf die Wurzeln ausgerottet. Die noch bestehenden Reste des Kommunismus seien die Frucht einer fremdländischen Betätigung. Man frage sich in Finnland, ob Frankreich der Spielball der Sowjetpropaganda werde, und was im Herbst in Frankreich kommen solle. Die Bemühungen zur Herstellung einer kommunistisch-sozialistischen Einheitsfront in Frankreich seien der gefährlichste Versuch, den die Sowjetunion seit 1918 unternommen hätte. In Finn-

tragen. Die Behörden des Reiches, der Länder und der Gemeinden werden aus diesem Anlaß am 2. Oktober halbmast flagen. In den Standorten der Wehrmacht und in den Schulen wird der Bedeutung des Tages gedacht werden.

Führertagung in München.

DNB München, 24. September.

Die nationalsozialistische „Partei-Korrespondenz“ teilt mit: Heute fand in München wieder eine Führertagung der Partei statt. Sie wurde einberufen, um die Amtseinführung der Bewegung in Kenntnis zu setzen von den Ausführungsbestimmungen der neuen Reichsbürgergesetze. Nach einem Vortrag des H. Dr. Wagner, der die erbiologischen Grundlagen der neuen Verordnungen beleuchtete, sprach der Führer selbst über die grundsätzliche Seite des in Frage stehenden Problems. H. Dr. Wagner besprach die Zusammenkunft mit einem Siegheil auf den Führer und mit einem Dank für die in den neuen Verordnungen geleistete Arbeit.

Die Regierungskrise in Spanien.

Alba erfolglos. — Ein neuer Versuch.

Madrid, 24. September.

Der Cortespräsident Alba hat am Dienstag mittag seinen Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts an den Staatspräsidenten zurückgegeben.

Alba hatte versucht, auf der Grundlage des bisherigen Regierungsblochs ein Kabinett zusammenzustellen und durch Heranziehung der katalanischen Liga den vom Staatspräsidenten geäußerten Wünschen nach einer Erweiterung der Regierungsbasis nach einer Erweiterung zu werden. Da die Verhandlungen Albas am Montag mit dem für das neue Kabinett vorgesehenen Ministerium nicht zu einer Einigung geführt hatten, rechnete man damit, daß Alba noch heute mit der neuen Regierung an die Öffentlichkeit treten würde. Die neue Regierung der Dinge hat allgemeine Überlieferungen hervorgerufen. In Regierungskreisen ist man geneigt, anzunehmen, daß Albas Vorschläge die ihm gestellten Forderungen nach einer „breitesten Grundlage“ nicht genügend erfüllt haben.

Die Heranziehung weiterer Parteien dürfte auf starken Widerstand der katholischen Wertschätzung stoßen, zumal die Aufstellung der Ministerposten im Verhältnis der Fraktionsstärke der Parteien durch die Einparung von drei Ministerien erschwert worden ist.

Nachdem der Staatspräsident das ihm von Alba vorgeschlagene Kabinett nicht angenommen hat, beauftragte er jetzt den bisherigen Finanzminister Chapa, der keiner Partei angehört und im Landtag als unabhängiger steht, mit der Neubildung der Regierung. Es ist ihm zur Aufgabe gemacht worden, auf jeden Fall ein solches Kabinett zu bilden, das eine Garantie gegen die Auflösung des Landtages und gegen Neuwahlen bietet, die im Interesse des Landes unbedingt vermieden werden müßten.

Neue Bauernrevolten in Litauen.

DNB Romno, 24. September.

Aus verschiedenen Ortschaften in Litauen kommen in den letzten Tagen wieder Meldungen über Bauernausschreitungen.

In Grauski im Kreise Wilkowskij kam es am Montag zwischen revolutionären Bauern und der Polizei zu einer Schießerei, wobei drei Bauern schwer verletzt wurden. Einer der Verletzten ist auf dem Wege zum Krankenhaus gestorben.

Tags zuvor wollte die Polizei einige Räubersführer verhaften, die zur Fortsetzung des inzwischen niedergeschlagenen Streits aufgefordert hatten. Die Bauern legten sich zur Wehr, so daß die Polizei unverrichteter Sache abziehen mußte. Als ein verhaftetes Polizeigefolge zur Verhaftung der Räubersführer schritt, leisteten sich die Bauern abermals zur Wehr und feuerten auf die Polizei einige Schüsse ab, worauf die Polizei auf Gebrauch von der Schusswaffe machte. Die Zahl der Verhafteten wird auf 30 geschätzt.

Auch im Kreise Schaki fladern die Bauernunruhen erneut auf. Ein Regierungsbeamter erschien und versuchte, eine Ansprache an die Bauern zu richten. Daran wurde er aber mit Gewalt verhindert. Es sind verschiedentlich Polizeiorgane unterwegs, um Verhaftungen vorzunehmen. Immer wieder werden kommunikativen Agitatoren festgesetzt, die von Dorf zu Dorf ziehen und die Bauern zum Boykott auffordern.

Auf Grund des neuen Reichsflagengesetzes flagen jetzt die Bodenbesitzer nur noch die Hakenkreuzflagge. Vorher war es auf den Bodenbesitzern üblich, bei Sonderfahrten oder an Nationalfesttagen auch die betreffenden Landesflaggen zu führen.

Muntius Cesare Orsenigo hat seinen diesjährigen Urlaub angetreten und hat sich nach Rom begeben.

„Genosse“ Münzenberg an der Wühlarbeit in Frankreich.

DNB Paris, 24. September.

Der „Jour“ kommt noch einmal auf die in Strassburg erfolgte Verhaftung eines Dänen und einer angeblichen deutschen Staatsangehörigen zurück, die der französischen Polizei nicht unbekannt sei, weil man sie als Verbindungsperson zwischen den französischen Kommunisten und Moskau kenne. Die deutsche Kommunistin sei beauftragt gewesen, Schriftstücke und einen hohen Geldbetrag an den Sekretär einer kommunistischen Ortsgruppe in Umgebung von Paris, einem gewissen Lampe, zu übergeben. Es sei außerdem ein überaus gefährlicher Zufall, daß Frankreich die Spuren eines gewissen Rangesberg (der berüchtigte ehemalige Abgeordnete des Deutschen Reichstages und Herausgeber der „Roten Fahne“) entdeckt habe, der als ehemaliger Mitarbeiter des Chefs des Politischen Büros der Sowjetbotschaft in Berlin, Petrowski, mit der Leitung der kommunistischen Propaganda in Frankreich betraut worden sei.

Die Strassburger Polizei nahm am Montag im Gebäude der in Strassburg in deutscher Sprache erscheinenden kommunistischen Zeitung „Humanité“ eine Hausdurchsuchung vor, deren Ergebnis aber geheim gehalten wird.



Anhe

Nummer 2

Reichte

Das

Laval, E

Wittwoch nach

fahren, das

italienisch-abelin

Danach würd

beschränken, den

neuen Ausso

mitglieder auf

würde, zur Grö

Aus diese

Wocher der

Rechts

gehen. Die

oder die Be

vorgehenden

bot Krieg

freienden P

Freistellung

auslösen.

Das Präsi

sammlung

ratung über die

daß, daß die

die den englische

Verantwortliche

Staaten entspre

Sache ist.

Im Präsidium

unter den 13 Mi

daß die Veramm

schon Konflikt

gung ihrer norm

verträgt werden